

Zum Rundbrief

Durch die Zusammenarbeit mit der *Contraste* ergibt sich für die AbonnentInnen des *Perspektiven*-Abos, daß sie jetzt im Wechsel drei verschiedene Sendungen bekommen: Zum einen viermal jährlich die Ö-Punkte (z.T. gekoppelt mit einem *Perspektiven*-Rundbrief), zum zweiten den *Perspektiven*-Rundbrief mit den *Contrasten* (wie dieser hier) und zum dritten nach Bedarf noch Rundbriefe zwischendurch.

Neu: *Contraste*

Es gibt eine Neuerung mit doppelter Wirkung. Ab der aktuellen Ausgabe der *Contraste* wirkt ca. vierteljährlich dort eine 1-2-seitige Rubrik zum Umweltschutz von unten zu finden sein – es lohnt sich also einmal mehr, auch die *Contraste* regelmäßig zu lesen. Gleichzeitig werden die *Contraste*, in denen sich diese Rubrik befindet, dem *Perspektiven*-Rundbrief beigelegt. Voila – anbei die erste!

Perspektiven

radikaler,
emanzipatorischer

Umweltschutzarbeit

Termine und "Lagebericht"	2
Aktuelles aus dem Naturschutzfilz	3
Text zu NGOs	4
● Anlage: 30.11. – Zeitung und <i>Contraste</i>	

"UVU" im Internet

Herzlichen Dank der MitdiskutantIn Annette Schlemm, die etliche der Diskussionsbeiträge aus dem emanzipatorischen Umweltschutz zu einer Internetseite zusammengestellt hat. Die Adresse:
<http://www.thur.de/philou/uvu.html>

Impressum

Dieser Rundbrief kommt regelmäßig 4-8mal jährlich heraus. In ihm werden Texte, Hinweise und Termine zur *Perspektivende*batte einer radikalen politischen Arbeit, vor allem der Umweltschutzarbeit, vorgestellt.

V.i.S.d.P.: Jörg Bergstedt

Anschrift:

Umweltschutz von unten, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, Tel. 0171/8348430 und 06401/90328-3, Fax -5, projektwerkstatt_sa@apg.wvbnet.de

Bezug:

25-60 DM/Jahr nach Selbsteinschätzung (einschl. Ö-Punkte)

Kalender

28.-31.10. in Hannover

BUKO zum Thema Expo

"Perspektiven gegen die schöne neue EXPO-Welt"

"Der" Kongreß, der sich inhaltlich mit der Expo und ihrer Ideologie auseinandersetzt und Alternativen formulieren will. Noch gefragt: Inhaltliche und organisatorische Mitwirkung, konkrete Aktionen in Hannover
Info: BUKO, 040/393156, Fax 3907520

4.-12.11. in Bad Oldesloe

14.-21.11. in Saasen

Endredaktion, Layout usw. der Ö-Punkte Winter 1999/2000

mit dem Schwerpunkt "Umweltbildung von unten"

23.-25.11. in Saasen

Eintüten und Versand der Ö-Punkte

Info: 0171/8348430 und 06401/903283

12.-14.11. im AJZ Bielefeld

4. bundesweites Anti-Expo-Treffen

und Planung der globalen Aktionstage

(Strategiebatte zum Aktionsstrang)

Info: Büro für mentale Randalen, Wicklingstr. 17, 45657

Recklinghausen, antifa-rel@koma.free.de

24.-28.11. in Bielefeld

Bundes-Ökologie-Treffen

Info: ASTA der Uni Bielefeld und BSÖ, c/o ASTA Uni Münster,

Schloßplatz, 4814 Münster, 0251/8322287

Ca. 5.-16.12 im Nordosten

Vortragstournee

zu Expo und emanzipatorischer Umweltschutz durch

Mecklenburg-Vorpommern, Berlin und Brandenburg

(noch Termine frei)

1x 30.000 oder ... 1.000 x 30 Leute?

Köln im Juni 1999 – eigentlich hätte es die wichtigste politische Aktion des Jahres werden sollen. Aber es wurde ein laues Lüftchen.

Warum? Pech oder Absicht? Wo ergänzen sich Zentralismus, Dominanz und desorganisierte Basisgruppen?

Dieser Reader zeigt die Hintergründe, läßt viele AktivistInnen zu Wort kommen und versucht, Perspektiven aus dem Desaster von Köln zu entwerfen.

Notwendige Grundlage der Debatte um eine unabhängige, politische Bewegung – die erst noch entstehen muß!

10-DM-Schein an (plus 4 DM je weiterem Reader):

Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen



- Umweltschutz von unten (Grundlagentext)
- Gewaltfrei oder militant (zur Gewaltfrage)
- Direkte Demokratie (kritische Stellungnahme)
- Analyse der Umweltbewegung
- Dem Öko-Neoliberalismus widerstehen
- Expo No (kritischer Text zur Expo 2000)
- Ökosteuern (Kritik)
- Umweltbildung von unten
- Kurzauswertung der Köln-Gegengipfelaktivitäten
- Umweltverbände & Krieg (kritische Analyse)
- Naturschutz von unten
- Agenda 21 (Kritikpapier)

Bestellungen: Alle zusammen für 6 DM, einzelne für je 2 DM in Briefmarken. Wir freuen uns auch über Rückmeldungen und MitdiskutantInnen.

Lagebericht ...

Seit dem letzten Rundbrief ist einige Zeit vergangen – dazwischen lagen die Ö-Punkte mit ihrer Herbstausgabe. Klar die wichtigste Entwicklung ist die Idee, einen gemeinsamen Aktionsstrang emanzipatorischer Bewegungen zu bilden, um in den zentralen Fragen der Gesellschaft handlungsfähig zu werden, Widerstand leisten zu können und die bisherigen Grenzen von Themengebieten und Zusammenhängen zu überwinden. Ob es gelingt, ist völlig offen – die beiliegende Mobilisierungszeitung zum 30.11. ist aber das erste Ergebnis. Die Gesamtidee ist auf der vierten Seite beschrieben. Der Global Action Day am 30.11. ist der erste sichtbare Schritt.

Über diesen Schwerpunkt der letzten Wochen schweigen wir hier – denn die Zeitung liegt ja bei. Dafür soll es aber kurze Infos zu anderen Entwicklungen geben.

Ö-Punkte

Die Zeitung, einzige emanzipatorische Zeitung mit Ökologie-Schwerpunkt und insofern bunter Tupfer in der Landschaft von ökoautoritären, ökoneoliberalen und verbandsbezogenen Medien, ist in erhebliche Unruhe geraten. Auslöser war ein erheblicher Streit zwischen einigen Redaktionen bzw. mit der Endredaktion über die Frage, ob oder welche Themen zensiert werden. Dabei gab es keine klare politische Linie in der Debatte, sondern eher die Frage nach der Zensur als solches. Kritisiert wurde u.a. der Abdruck von Kritik an den Kölner Gegengipfeln. Das Ergebnis: Einige RedakteurInnen vor allem aus hierarchisch organisierten Verbänden oder Projekten haben die Ö-Punkte verlassen. Ähnliches spielte sich bei den Verteilern ab. Die Ö-Punkte flog hier aus eher "linken" Verteilern raus (Zeitung alaska, LIRA-Rundbrief).

Insgesamt stand hinter den Auseinandersetzungen der Versuch, die Ö-Punkte hierarchischer Kontrolle zu unterwerfen. Allerdings haben sich viele Ö-Punkte-RedakteurInnen inzwischen sehr weit auch in Bewegungszusammenhänge eingebracht. Das war das Ziel der Ö-Punkte: Aus der Bewegung werden die Infos zusammengetragen und wieder an alle verteilt. Das Experiment ist noch lange nicht am Ende.

Gesucht: Leute, die Lust haben, in den Redaktionen mitzuarbeiten. Einige sind jetzt ganz unbesetzt – aber auch bei den anderen wäre es besser, wenn noch mehr Menschen hinzukämen. Viermal jährlich zusammentragen, was in den verschiedenen Ecken der Bewegung läuft ... eine spannende Sache.

Zudem werden weitere Verteiler gesucht. Wer in thematischen Netzwerken oder Verbänden anregen kann, daß die Ö-Punkte regelmäßig verteilt werden, sollte sich bei uns melden.

Redaktion Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen, oe-punkte@gmx.de.

Positionspapiere

Inzwischen existieren mehr als 10 Positionspapiere zum emanzipatorischen Umweltschutz zu folgenden Themen:

Ö-Depots

Weiterhin sind wir auf der Suche nach Buchhandlungen, Eine-Welt-Läden, Infozentren, Büchertischen usw., die unsere Bücher, Reader und die Ö-Punkte verkaufen. Für alle machen wir Werbung mit einer Liste aller Verkaufspunkte (z.B. auf der Rückseite der Ö-Punkte). Wer solche Verkaufspunkte vermitteln kann, sollte sich melden.

Hinweis:

In der Projektwerkstatt Saasen wohnen ab 7. November wieder Leute – es wird den Versuch geben, eine neue Polit-WG aufzubauen. Wer Bock hat auf ein radikales Leben mit politischen Aktionen, sollte sich jetzt melden!

Und jetzt ... auf zum 30.11. – damit es endlich wieder einen Tag gibt, so sichtbar wird, daß es Menschen gibt, die sehr grundlegend etwas anderes wollen, nämlich eine emanzipatorische Welt, ein selbstbestimmtes Leben!

Mailingliste

Immer mehr Menschen tragen sich in unsere Mailingliste ein. Dort läuft die kontinuierliche Debatte um inhaltliche Positionen oder konkrete Aktivitäten. Wer sich eintragen will, muß eine Mailadresse haben (oder irgendwo anders mitnutzen) und sich anmelden bei svn.cronenberg@ruhr-uni-bochum.de. Möglich ist eine Anmeldung auch über unsere Internetseite <http://go.to/umwelt>.

Hinweis: Wer konkrete Projekte vorstellen will, kann die ins Internet stellen und von unserer Projektliste auf den UVU-Internetseiten einen Link legen lassen.

Expo-Widerstand

Der Umweltschutz-von-unten-Zusammenhang trägt zudem die Anti-Expo-Arbeit mit. Wir sehen den Expo-Widerstand als Chance, neue Umweltschutzstrategien gegen die bisherigen zu stellen, die sich auf der Expo als Teil moderner Herrschaftsprojekten darstellen. Viele Umweltverbände und -Institute unterstützen die Expo aktiv oder durch ihre Mitwirkung. Bislang hat kein Umweltverband eine grundsätzliche Kritik an der Expo veröffentlicht. An den bundesweiten Anti-Expo-Treffen sind weder aus Umwelt- noch aus anderen Verbänden VertreterInnen anwesend – Widerstand von unten in Reinstform also! Das kann auch eine Chance bieten zur Klärung und Veränderung.

Es gibt inzwischen einige Expo-Seiten im Internet – gemeinsame Einstiegseite ist die www.expo-no.de. Zudem besteht eine Mailingliste, wer da drauf will, muß sich formlos anmelden unter karawane@mail.nadir.org.

Kongreß "Umweltschutz von unten"

Für den Herbst planen wir einen größeren Kongreß zum Thema – möglichst zusammengestaltet mit Gruppen, Teilen von Verbänden und Institute, die auch nach neuen Ansätzen suchen. Der Kongreß soll das erste große Treffen mit vielen Arbeitskreisen und Absprachen für die Zukunft sein. Gesucht sind Menschen, die mit vorbereiten und planen wollen. Info: Jörn Hartje, 04533/792259 oder joern@inifhaus.de.

Ö-Punkte

Die Umweltzeitung "Ö-Punkte" ist zur Zeit das einzige Umweltschutzblatt, das kritische Positionen zu ökoneoliberalen Ideen benennt und neue Ansätze zur Diskussion stellt. Leider ist die finanzielle Zukunft der Ö-Punkte nicht gesichert. Daher suchen FördererInnen – in Form eines Förder-Abos oder im Rahmen unserer Idee "20 x 1000 DM", bei der wir ca. 20 Gruppen und Einzelpersonen suchen, die jeweils 1000 DM spenden. Damit wäre die Hälfte des Jahresbedarfs gedeckt. Spendenquittungen sind möglich.

Außerdem ist natürlich die direkte Mitarbeit möglich und willkommen. Die autonom arbeitenden Themenredaktionen sind meist offen für weitere Leute, einige sind auch noch gar nicht besetzt. Die daran anschließende Endredaktion findet viermal jährlich statt und ist nachwievor recht dünn besetzt.

Die nächsten Endredaktionszeiträume: 6.- ca. 12.2. in Bad Oldesloe und anschließend bis 20.2. in Saasen (bei Gießen). Vom 22.-24.2. ist dann Versand in Saasen, auch da ist Hilfe gern gesehen.

Ö-Depots

Wer hat noch Lust, in seiner/ihrer Stadt ein "Ö-Depot" zu schaffen, d.h. eine Buchhandlung, Infozentrum u.ä. zu suchen, wo unsere Bücher, Reader und die Ö-Punkte verkauft werden. Wir veröffentlichen jeweils in den Ö-Punkten die Liste der Ö-Depots.

Diese Seite informiert über Aktivitäten im Umweltschutz-von-unten-Zusammenhang, Möglichkeiten des Mitmischens und über sonstige Dinge, die relevant sein können.

Zu beachten sind auch die Termine auf der linken Seite!

Anti-Atom-Konferenz

Die nächste Konferenz ist vom 31.3. bis 2.4. in Mülheim. Dort wird über die Perspektiven der Anti-Atom- und politischen Arbeit diskutiert – vom Widerstand gegen Castoren bis zur Beteiligung am emanzipatorischen Widerstand rund um die Expo 2000.

Veranstaltungen

Zur Zeit stehen immer noch Vorträge zum Thema Expo im Vordergrund. Es wäre aber gut, wenn zum Herbst hin auch wieder das Thema "Umweltschutz von unten" bei Vorträgen oder Seminaren dargestellt wird. Wer Lust hat, solche Veranstaltungen zu organisieren, referieren will oder ReferentInnen sucht, sollte sich melden.

Gescheiterte Revolution in Ecuador

Schade ... Mitte Januar probten vor allem die Indios in Ecuador den Aufstand. Zunächst waren sie sogar erfolgreich, verbündeten sich dann aber (warum auch immer) mit dem Militär und Teilen der bisherigen HerrscherInnen. Die Strafe folgte auf dem Fuß: Nach wenigen Tagen wurden sie abserviert. Nun soll in Ecuador weiter neoliberal umstrukturiert werden. Demnächst wird der Dollar gelten – Wirtschaftskolonien der reichen Staaten (auch die D-Mark gilt schon in einen anderen Ländern, z.B. im Kosovo, d.h. Deutschland ist ebenfalls eine moderne Kolonialmacht).

Spannend: An der Revolution in Ecuador beteiligten sich auch ökologische Gruppen. Offenbar wird dort Umweltschutz als das verstanden, was es immer auch ist: Die Sicherung der Lebensgrundlagen für ein selbstbestimmtes Leben der Menschen.

Positionspapiere

Es sind etliche Positionspapiere in der Umweltschutz-von-unten-Debatte entstanden, z.B. zu Ökosteuern, direkter Demokratie, Agenda 21, Umweltbildung und mehr. Neu ist ein Papier zu NGOs. Nachwievor in Arbeit oder als wünschenswert erachtet sind Papiere zu Tierrechten und zu Harmonie- und Moderationstechnologien. Es werden gern weitere Themen aufgenommen.

NGOisierung

Während z.B. der Jugendumweltkongreß wieder radikalisiert werden konnte und über den Anti-Expo-Widerstand vermehrt auch direkte Aktionen und dezentral-selbstorganisierte Bewegungsstrukturen entstehen, steigern sich abgehobene NGO-Leute auch aus Umweltzusammenhängen immer mehr in die rein auf den Staat fixierte Lobbyarbeit. Zur Zeit ist ein "Super-NGO" in Vorbereitung, ein Dachverband von Lobbygruppen, die selbst schon keinerlei Basis haben. Aus dem Umweltbereich sind einzelne VertreterInnen der großen Verbände sowie die aus dem Verdenprojekt und anderen grünennahen Kreisen gegründete Lobbygruppe Share dabei.

In der Zeitung "Freitag" läuft zur Zeit eine Reihe zum Thema NGO.

Linke Medien

Weiterhin bedenklich agieren viele linke Medien an der Bewegung vorbei. Zum Global Action Day am 30.11. schrieben viele negativ oder verschwiegen die Aktionen. Bislang wird auch die Expo und der Expo-Widerstand kaum thematisiert. Auch wenn sich das vielleicht noch ändert – Jungle World, Junge Welt, konkret, iz3w-Blätter & Co. haben

in den letzten Monaten eindrucksvoll bewiesen, wie abgehoben sie inzwischen sind.

Das Grundwerk zum Filz im Naturschutz:

Agenda, Expo, Sponsoring – Recherchen im Naturschutzfilz ... 400 S. Fakten und Hintergründe. 39.80 DM Und die CD dazu mit allen Quellen im Original – auf Linux, Windows, Apple, OS/2. PDF und TIF. 49,80 DM

Bestellungen an die Rundbrief-Adresse.

Projektwerkstatt

Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen-Saasen, 06401/90328-3, Fax -5
projektwerkstatt_sa@apg.wwbnet.de

1. Tagungshaus

Das optimale Seminarhaus mit Bibliotheken, Archiven, Medien und Mitbenutzung von technischer Ausstattung. Per Bahn erreichbar, nahe Gießen (also recht zentral fürs Land). Ökig, radikalpolitisch, Preise z.T. nach Selbsteinschätzung.

2. Politische WG

Zum Ganzen gehört ein Wohnhaus für eine WG, die politisch aktiv sein will. Das Haus ist zur Zeit leer! Es wird eine Gruppe gesucht, die genau auf solch ein Leben Bock hat. Oder auch Einzelpersonen, die sich hier zusammenfinden.

3. Politisches Zentrum

Seit Jahren sind die Werkstätten, Bibliotheken, Archive und Gruppenräume Treffpunkt und Arbeitsort für politische Projekte (Zeitungredaktionen, Bildungsarbeit, direkte Aktion usw.). Gute technische Ausstattung und viel Platz.

Möglich auch: Praktikum, Mitarbeit auf Zeit, ruhige Arbeitsplätze für Studienarbeiten etc.

SoZ - Sozialistische Zeitung Nr.13 vom 24.06.1999, Seite 2

Am Scheideweg

Von HANNES KLEBER

Die vielen kleinen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) im Umwelt und Drittweltbereich haben ein Problem: Oftmals verfügen sie nicht über einen finanzkräftigen Mitgliederstamm, der die Arbeit der Hauptamtlichen unterstützen konnte. In den letzten 10-15 Jahren, vor allem seit sich die Grünen ein wenig etablierten und verschiedene Geldhähne haben anzapfen, wenn nicht gar öffnen können, hat sich so in Deutschland eine Kultur kleiner hauptamtlicher Apparate entwickelt, die sich meist auf Lobbyarbeit konzentrieren und sich aus diversen Stiftungen und staatlichen Quellen finanzieren. Auch in vielen anderen Ländern haben sich solche Strukturen herausgebildet. In den ärmeren Ländern kommt das Geld meist von diversen kirchlichen Gruppen aus Europa oder Nordamerika. In jüngster Zeit nennen sich diese Gruppen sogar gerne "internationale Zivilgesellschaft", obwohl sie strenggenommen niemanden außer sich selbst repräsentieren. Ihre Mitarbeiter rekrutieren sie zwar meist im akademischen Segment sozialer Bewegungen, doch politische Verbindungen gibt es kaum. Das Verhältnis ist meist das zwischen Dienstleistern und Konsumenten. Viele NGOs sind für die sozialen Bewegungen vor allem als Beschaffer von Informationen und Analysen wichtig. Doch die Art der Finanzierung schafft Abhängigkeiten, die sich gelegentlich als Fallstrick erweisen können: Das zeigte sich auf dem Alternativen Weltwirtschaftsgipfel in Köln, der u.a. von der Grünen-nahe Heinrich-Böll-Stiftung finanziert wurde. Als Gefälligkeit dafür ließen die Veranstalter das Stiftungsvorstandsmitglied Ralf Fücks auf einem der Podien mitdiskutieren. Ausgerechnet Fücks, der schon in KBW-Zeiten zum Vaterlandsverteidiger mutiert war und bei den Grünen seit langen zu den Fürsprechern für deutsche Eingreiftruppen zählt. Als es im Saal erwartungsgemäß zu Protesten kam führten die Veranstalter einen peinlichen und beschämenden Eiertanz auf. Wenn sie wenigstens gesagt hätten, daß Fücks um des Geldes wegen auf dem Podium sitzt. Aber soviel Mut brachten sie nicht auf, sondern versteckten sich lieber hinter den internationalen Gästen, die man ja auch anhören wolle. Darum war es den Protestierenden freilich gar nicht gegangen. Die hatten lediglich die Entfernung Fücks vom Podium verlangt und nicht den Abbruch der Veranstaltung. Der Eklat ließ jedenfalls viele Teilnehmer, vor allem aus den antirassistischen Gruppen, frustriert zurück, nicht zuletzt auch wegen des Unverständnisses, das ihnen von der alternativen Zuhörerschaft entgegenschlug. Offensichtlich wurde, daß der Krieg gegen Jugoslawien auch die NGO-Szene an einen Scheideweg geführt hat.

<http://members.aol.com/soz0650/9913024.htm>



**Unverzichtbar:
Ö-Punkte – der Infodienst für aktive UmweltschützerInnen**

Informationen aus allen Themen des Umweltschutzes, praktische Tips, Beispiele, Infos zu Kampagnen, Modellen, neuen Materialien usw. Vierteljährlich. Jahresabo ab 20 DM.

Bisherige Schwerpunkte: Windenergie, Agenda 21, Direkte Demokratie, Perspektiven und Utopien, Naturschutz im Abseits, Weltwirtschaft, Expo 2000, Tips für Gruppen, Umweltbildung (Nov. 99)
Ein Heft 7 DM, jedes weitere 2 DM (einschl. Porto), Bestellungen an die Redaktion (gegen Briefmarken, Scheck, Schein oder Vorausüberweisung), Ö-Punkte, Ludwigstr. 11, 35447 Reiskirchen.



Wir haben zur Zeit fünf Orte im Kopf, wo die Analyse stattfinden soll (es können gern mehr werden):

DIE ENTWAFNUNG DER NEUEN WELTORD- NUNG

von **Michel Chosudovsky (sprich: Tschosudowski)**

Bei der Vorbereitung des Jahrtausend-Treffens in Seattle (Seattle Millennium meetings) hat Washington, in Beratungen mit Brüssel und der WTO in Genf, beschlossenen die sozialen Bewegungen und die BürgerInnengruppen - die sich aus aller Welt in Seattle zusammengefunden haben - zu schwächen und zu teilen.

Der Text auf diesen Seiten ist der Versuch einer strategischen Bewertung des Widerstandes in Seattle. Minutiös kritisiert er die Haltung anpassender Gruppen (NGOs & Co.). Da der Text sehr lang ist, findet sich hier nur der Anfang ... mit Fotos aus Seattle.

Mehr Informationen unter www.gib.squat.net.de

Währenddessen sind die örtlichen OrganisatorInnen damit beschäftigt - in Zusammenarbeit mit dem FBI (= Bundeskriminalamt der USA) und dem Polizei Departement von Seattle - sorgfältig die Sicherheitsvorkehrungen für den öffentlichen Veranstaltungsort zu planen. Ein großer Polizeiparapparat wurde in Bewegung gesetzt. Spezialeinheiten des FBI, der CIA (=Abwehrendienst der USA) und anderer Bundesbehörden werden vor Ort sein. "UnruhestifterInnen" sollen im Zaume gehalten werden und gut ausgerüstete Polizeikräfte - einschließlich

Anti-Terror-Gruppen und taktischen Polizei-Spezialeinheiten, die die "mehr militärische Komponente" des Polizei-Apparates ausmachen - sind dafür vorgesehen. Alles wurde organisiert um den BürgerInnen-Gipfel räumlich von der Konferenz fernzuhalten. Wie bei vorherigen Gegen-Gipfeln (Rio de Janeiro, Madrid, Kopenhagen, Peking, etc.) ist vorgesehen, daß die zahllosen Protestveranstaltungen, teach-ins und Demonstrationen nicht die Rechtmäßigkeit der offiziellen Veranstaltung in Frage stellen oder bedrohen. In Seattle bedarf es, zum Abhalten von Parallel-Veranstaltungen durch die NROs (=Nicht-Regierungs-Organisationen), einer förmlichen "Akkreditierung" (=Beglaubigung) durch das Seattle - Gastgeber - Komitee, das unter dem Vorsitz von Microsofts Bill Gates und Philip Condit von The Boeing Company steht.

Bereits vor einigen Monaten haben die WTO und die westlichen Regierungen zu einem "Dialog" mit ausgewählten bürgerlichen Organisationen aufgerufen, um die Tagesordnung für die Millennium-Runde zu beraten. "Partner-NROs" insbesondere solche "denen wir trauen können", wurden versorgt mit Geldern für Reisekosten und zur Organisation ihrer jeweiligen "teach-ins" in Seattle. Schon letztes Jahr verlaublich die WTO einen Plan bezüglich der "laufenden Zusammenarbeit mit Partner-NROs" und betonte hierbei, "daß die WTO anerkennt, welche Rolle die NROs spielen können, um ein wachsendes Bewußtsein der Öffentlichkeit in Bezug auf die Aktivitäten der WTO zu fördern".

Dem entsprechend hat die Europäische Kommission ihr "Engagement für Transparenz und Offenheit beim Entwickeln der Handelspolitik" unterstrichen.

Sorgfältig ausgewählte "Partner-NROs" wurden eingeladen, um an vorbereitenden "themenspezifischen" Veranstaltungen teilzunehmen. Die Europäische Kommission veranstaltete mehrere Beratungen mit ausgewählten Verbraucher-, Arbeits-, Umwelt- und Entwicklungsorganisationen mit der Zielrichtung "die Transparenz der WTO-Treffen" zu verbessern. Diese beinhaltet den öffentlichen Zugang zu WTO-Dokumenten und die Einrichtung eines WTO "Ombudsmannes für Information".

In den Worten des (früheren) Kommissars für Europäischen Handel Sir Leon Brittan: "Ein Jahrtausend Treffen bezüglich Handelsabsprachen sollte nicht nur den Geschäften dienen. Wir können und sollten auch Vorteile für die Verbraucher und die Umwelt erreichen. Die Kommission hat heute einen Dialog großer Bandbreite mit NROs eröffnet, da sie glaubt, daß Transparenz und Öffentlichkeit sehr wichtig sind, wenn die Möglichkeiten des neuen Treffens zur Gänze genutzt werden sollen. NROs sind hier bedeutsame Partner um die Verhandlungen vorzubereiten, die vor uns liegen".

DER GEGEN-GIPFEL

Die versteckte Agenda (=Tagesordnung) ist, einen "politisch-korrekten" BürgerInnen-Gipfel einzurichten, kontrolliert und finanziert durch offizielle SpenderInnen und Forschungsinstitutionen, hauptsächlich um sicher zu stellen, daß die verschiedenen Protestaktionen und die Demonstrationen in den Straßen von Seattle mit dem vorherrschenden "Gegen-Diskurs" gleichgeschaltet werden. Dieser besteht in den Forderungen nach einer Einbindung von Umwelt-, Arbeits- und Menschenrechtsklauseln, "Arbeitsvermeidungs"- Programmen, als auch "institutionellen Reformen" ohne sich der zentralen Rolle der Handelsliberalisierung zu widersetzen.

Die Partner in den Nicht-Regierungs-Organisationen haben sich diesbezüglich schon bereit erklärt, die "Rechtmäßigkeit" oder Berechtigung der WTO als Einrichtung nicht in Frage zu stellen. Ausgewählte NRO-VertreterInnen sind eingeladen worden sich in einem angenehmen Umfeld unter die BotschafterInnen, HandelsministerInnen und die Großindustriellen der Wall Street auf den vielen offiziellen Veranstaltungen (inklusive zahlloser Cocktail-Parties und Empfänge) zu mischen. Als Gegenleistung wird einen

Tag bevor die MinisterInnen-Konferenz beginnt, für ausgewählte NRO-VertreterInnen ein (offizielles) "von der WTO ausgerichtetes NRO-Symposium" abgehalten. Dort wird es sorgfältig ausgearbeitete Eröffnungsernen durch den WTO Generaldirektor Mike Moore und die US-Handelsministerin Charlene Barshevsky geben.

Anders ausgedrückt besteht die Masche in Seattle (unterstützt durch eine großzügige Öffentlichkeits-Werbekampagne) darin, sorgfältig eine internationale Massenbewegung zu zerstreuen, die sich gegen die WTO und einflußreiche Unternehmensverbände - welche sich diskret im Hintergrund halten - richtet. "Kritik ja, das ist demokratisch", aber das "System des Freien Marktes" muß bestehen bleiben. Die Rechtmäßigkeit der Einrichtungen - einschließlich der in Genf und Washington ansässigen Bürokratien - darf nicht hinterfragt werden... Im Gegenzug akzeptiert die offizielle Konferenz eine teilweise Vereinnahmung der Vorstellungen der "beglaubigten" Arbeits-, Umwelts- und Bürgerrechtsorganisationen in den Hauptbeschlüssen, mit dem Ausblick der WTO ein stark benötigtes "menschliches Gesicht" zu verleihen.

Das Jahrtausend Treffen gibt außerdem vor, den mittlerweile zur Gewohnheit gewordenen parallelen "BürgerInnen-Gipfel" einzubinden, der nun einen nicht wegzuwendenden Bestandteil der erfolgreichen Weltveranstaltungen ausmacht. Mit fast jährlicher Wiederholung hat der BürgerInnen-Gipfel, seit der Umweltkonferenz 1992 in Rio, ein Forum zur kritischen Debatte geboten und wurde über die Jahre zum "Ritual der Meinungsverschiedenheit", das den offiziellen Teil des Gipfels größtenteils unberührt gelassen hat.

So wurde z.B. im Juni 1999, durch Beratungen mit den organisierenden Gastgebern des offiziellen Gipfels, die Parallel-Veranstaltung P7 zum G7-Treffen in Köln zusammengestellt und großzügig finanziert durch die Heinrich Böll Stiftung, einem Arm der Partei der Grünen, die wiederum kontrolliert wird durch den Außenminister Joschka Fischer. Die Struktur der Kölner P7-Veranstaltung befaßte sich vorrangig mit der vernachlässigten Erörterung strittiger Themen, einschließlich der "Bombadierung Jugoslawiens aus humanitären Gründen". Währenddessen hatten sich mehr als 20.000 Menschen aus allen Teilen Europas, in den Straßen Kölns unter dem Dach der Jubiläumskampagne, versammelt. Ihre Petition zur bedingungslosen Aufgabe sämtlicher Schuldforderungen gegenüber der Dritten Welt war von mehr als 17 Millionen Menschen unterschrieben worden. Die Regierungschefs der Welt zahlten der Jubiläuminitiative respektvoll Tribut und antworteten mit leeren rhetorischen Zusicherungen zur Schuldverringerung der ärmsten Länder der Welt. Der grundlegende Vorschlag der Kampagne wurde beiläufig abgewiesen.

Viele der "beglaubigten" NROs vertreten in Seattle bestimmte Interessen (z.B. Umwelt, Arbeit, Menschenrechte, Frauen-Organisationen, etc.) und werden unterschiedliche Forderungen vorbringen. Es gibt Beweise, daß mehrere der Schlüssel-NROs von westlichen Geheimdienstorganisationen infiltriert wurden. Der Gengipfel soll aufgesplittert werden in ein "Mosaik" von getrennten Veranstaltungen, die sich auf unterschiedliche und besondere politische Themen konzentrieren.

Die geheime Agenda (Handlungsanweisung) besteht darin, jeder dieser getrennten Veranstaltungen zu ermöglichen "ihre eigene Sache zu machen" und dabei den Schein einer "Beteiligung von unten" zu wahren. Das Ziel der Organisatoren von Seattle ist, die Wahrheit zu verschleiern, die Entwicklung einer Massenbewegung zu verhindern, echte Demokratie zu unterdrücken und die Autorität der Einrichtungen der Neuen Weltordnung aufrecht zu erhalten.

Die AFL-CIO (American Federation of Labor-Congress of Industrial Organizations / US-amerikanische Gewerkschaftsorganisation) hat - unterstützt durch die Vorsitzenden der Handelsgewerkschaften aus aller Welt - die WTO aufgefordert "Mindeststandards für Arbeit ... im Globalen Markt durchzusetzen". Washingtons Forderungen nachkommend ist der Reizauslöser (Buzz-Word) der ArbeiterInnenbewegungen "die globale Ökonomie für die arbeitenden Familien arbeiten zu lassen" .6

Eine sorgfältig ausgearbeitete Eingabe drängt die Ministerial-Konferenz dazu, "die Handels- und Investitionsregeln, (die) die ArbeiterInnenrechte und die Umwelt schützen" zu übernehmen. 7 Die Rechtmäßigkeit der WTO und der US-Handelspolitik steht nicht zur Debatte. Die AFL-CIO wurde im

Gegenzug beauftragt eine Demonstration zu organisieren, die dem Vorhaben dient von der internationalen Protestbewegung auf den Straßen Seattles abzulenken... Der große Unterschied in Seattle wird zwischen denen bestehen, die der Neuen Weltordnung generell zurückhaltend gegenüber stehen, und den "Partner"-Bürgerrechtsorganisationen, die zwar "fortschrittlich" erscheinen, aber letztendlich Kreaturen des Systems sind. Häufig werden sie finanziell von ihren jeweiligen Regierungen unterstützt. Sie sind ein Teil der politisch korrekten "Opposition" die als "Sprachrohr für die Bürgerrechte" agieren. Aber wen vertreten sie?

Viele der "Partner-NROs" sind Lobby-Gruppen, die oft mit BürokratInnen und PolitikerInnen zu tun haben. Sie haben wenig Kontakt zu den Wurzeln der sozialen Bewegungen und den BürgerInnenorganisationen. Stattdessen dienen sie dazu von den Vor- und Darstellungen der "wirklichen" sozialen Bewegungen gegen die Neue-Weltordnung abzulenken. Dies bedeutet nicht, daß ein "Dialog" mit der WTO und den Regierungen von vornherein als Mittel der Verhandlungen ausgeschlossen werden sollte. Im Gegenteil, "Lobbyarbeit" muß, in einer engen Verbindung mit den dafür gegründeten sozialen Bewegungen, energisch angewandt werden. Die zugrundeliegenden Ergebnisse und Informationen dieser Verhandlungen müssen gebündelt werden unter der Berücksichtigung, die Graswurzel-Aktionen zu stärken. Anders ausgedrückt, wir sollten nicht zulassen, dass, vereinzelt und geheim, Lobbyarbeit durch von den Regierungen und der WTO "handverlesene" Organisationen betrieben wird.

Über 1200 Gruppen und Organisationen aus mehr als 85 Ländern haben ein "Moratorium" (=einen vertraglich vereinbarten Aufschub) zur weiteren Liberalisierung unter der Schirmherrschaft der WTO-gefordert. Außerdem soll ein "Audit" (Überprüfung)

Ein Moratorium zu den Liberalisierungsverhandlungen

EIN MORATORIUM ZU DEN LIBERALISIERUNGSVERHANDLUNGEN

Über 1200 Gruppen und Organisationen aus mehr als 85 Ländern haben ein "Moratorium" (=einen vertraglich vereinbarten Aufschub) zur weiteren Liberalisierung unter der Schirmherrschaft der WTO-gefordert. Außerdem soll ein "Audit" (Überprüfung)



in einer Anhörung) über die Einflüsse der Globalisierung abgehalten werden. Ihre übereinstimmende Stellungnahme ("Stellungnahme von Mitgliedern der Internationalen BürgerInnen Gesellschaft gegen die Millennium-Runde"): "wendet sich gegen weitere Liberalisierungsverhandlungen, besonders gegen solche, die neue Bereiche unter das WTO-Regime stellen, wie zum Beispiel Investitionen, Wettbewerbspolitik und Anschaffungen durch Regierungen. Wir verpflichten uns gegen Vorschläge dieser Art unseren Widerstand zu setzen. Wir lehnen ebenso die Vereinbarung zu handelsbezogenen Aspekten der geistigen Besitzrechte (TRIPS - Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights) ab. Wir fordern ein Moratorium bezüglich jeglicher neuer Themen und weiterer Verhandlungen die den Einfluß und die Macht der WTO ausbauen. Während dieses Moratoriums sollte ein umfassender und tiefgreifender Rückblick und eine Abschätzung der bestehenden Abkommen vorgenommen werden. Wirksame Schritte zur Veränderung dieser Abkommen sollten unternommen werden. Ein solcher Rückblick muß sich befassen mit dem Einfluß der WTO auf an den Rand gedrängte Gemeinschaften, Entwicklung, Demokratie, Umwelt, Gesundheit, Menschenrechte, Arbeitsrechte und die Rechte von Frauen und Kindern. Er muß vorgenommen werden unter voller Teilnahme der BürgerInnen." Die Stellungnahme begründet einen wichtigen Schritt dahingehend die offizielle Tagesordnung herauszufordern. Sie beruht auf einer sorgfältig ausgearbeiteten Übereinstimmung einer großen Zahl von individuellen Organisationen.

UNRECHTMÄSSIGKEIT DER WTO

Jedoch vernachlässigt diese wichtige Stellungnahme nach der Forderung eines "Moratoriums" bezüglich weiterer Liberalisierungsverhandlungen, die Rechtmäßigkeit der WTO als Einrichtung in Frage zu stellen. Und genau dieses Thema hätte ausdrücklich in die Stellungnahme eingebunden werden müssen.

Die Marrakesch Vereinbarung von 1994 legt eine offenkundige Verletzung von fundamentalen sozialen, ökonomischen und kulturellen Rechten fest. Die Ansprüche in Seattle sind grundlegend und können mit einer Kompromißstellungnahme, die schweigend die Rechtmäßigkeit der WTO als Einrichtung akzeptiert, nicht ausgedrückt werden. Die WTO wurde eingerichtet nachdem BürokratInnen hinter verschlossenen Türen eine "technische Vereinbarung" getroffen hatten. 1994 wurden in Marrakesch sogar die LeiterInnen der Länderdelegationen nicht informiert bezüglich der Satzung der Welt Handelsorganisation, die von TechnokratInnen in getrennten und nichtöffentlichen Sitzungen ausgearbeitet wurden.

Die "Schlussakte" (=der letztendliche Beschluß), über die Ergebnisse der Uruguay Runde der multilateralen Handelsvereinbarungen, wurde von den MinisterInnen in Marrakesch am 15. April 1994 unterschrieben. Die Schlussakte ist eine "technische Vereinbarung", die die WTO als Weltinstitution begründet. "Das WTO-Netzwerk sichert ein "einheitliches Vorgehen" gemäss den Ergebnissen der Uruguay Runde - und somit bringt die Mitgliedschaft in der WTO mit sich, daß die Ergebnisse der Runde ohne Ausnahme akzeptiert werden".

Nach dem Treffen in Marrakesch wurde die 550 Seiten starke Vereinbarung (inklusive ihrer zahllosen Anhänge) entweder schnell und automatisch genehmigt, oder gar nie durch die nationalen Parlamente formell abgesegnet. Die Artikel dieser "technischen Vereinbarung" der WTO gingen nach und nach in internationales Gesetz über. Oder, um es anders auszudrücken, die vierundneunziger Marrakesch Vereinbarung, die die WTO als multilaterale Einrichtung eingesetzt hat, vermeidet den demokratischen Prozess in jedem ihrer Mitgliedsstaaten. Nationale Gesetzgebung und Verfassungen werden offensichtlich mißachtet, während weitreichende Macht an globale Banken und multinationale Gesellschaften abgetreten wird. Dieser Fakt ist eingebettet in die Artikel der WTO-Vereinbarung. In anderen Worten, der Prozess der eigentlichen Schaffung der WTO, der dem letzten Beschluß der Uruguay Runde folgt, ist offensichtlich "illegal". In Genf ist eine "totalitäre" regierungsübergreifende Einrichtung eingerichtet worden, ermächtigt durch internationales Gesetz mit dem Mandat die Ökonomie und die Sozialpolitiken von Ländern "anzupassen", und souveräne Rechte der nationalen Regierungen zu mißachten. Ebenfalls wurden die Autorität und die Aktivitäten der verschiedenen



Behörden der Vereinten Nationen (einschließlich der UNCTAD (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung / United Nations Conference on Trade and Development) und der ILO (Internationale Arbeitsorganisation / International Labour Organisation) "mit einem Federstrich" nahezu aufgehoben.

Mehr noch, die Artikel der WTO widersprechen nicht nur den bestehenden nationalen und internationalen Gesetzen, sie stehen auch im Widerspruch zur "Universellen

Erklärung der Menschenrechte". Die WTO als rechtmäßige Organisation zu akzeptieren läuft somit auf ein "unbeschränktes Moratorium" oder eine Aufhebung der Universellen Erklärung der Menschenrechte hinaus. Obendrein, abgesehen von der klaren Verletzung internationalen Rechts, verleihen die WTO-Regeln Handelsweisen Rechtmäßigkeit, die an Kriminalität grenzen, einschließlich "gestigtem Raubrittertum" durch Multinationale Konzerne, die Mißachtung der Rechte der PflanzenanbauerInnen, die genetische Manipulation der Giganten der Biotechnologie, und nicht zuletzt die Patentierung von Lebensformen (wie z.B. Pflanzen, Tiere, Mikroorganismen, genetischen Materials und menschlichen Lebensformen) unter der TRIPS (s.o.) Vereinbarung.

Im Bereich der finanziellen Dienstleistungen, bieten die GATS - Bestimmungen (General Agreement on Trade in Services / Vereinbarung über Handel und Dienstleistung) großangelegten finanziellen und spekulativen Manipulationen, die sich gegen die Entwicklungsländer richten, Rechtmäßigkeit. Sie sind gleichfalls förderlich um die monetäre Politik dieser Länder zu be-, resp. verhindern.

Und das WTO-Verfahren um Streitfälle beizulegen, hält die Rechtmäßigkeit dieser unterschiedlichsten manipulativen Vorgänge aufrecht...

DIE BILANZ DER ÖKONOMISCHEN UND SOZIALEN ZERSTÖRUNG

Wie weitreichend dokumentiert, durchläuft die Menschheit in der Zeit nach dem Kalten Krieg eine ökonomische und soziale Krise beispiellosen Ausmaßes, die zu wachsender Armut bei einer großen Anzahl der Weltbevölkerung führt. Nationalökonomien fallen in sich zusammen, Arbeitslosigkeit grassiert; Banken der Wall Street "übernehmen Länder", eines nach dem anderen; regionale Kriege brechen entlang strategisch wichtiger Gas- oder Öl-Pipelines aus, und hinter den unterschiedlichsten "Aufständen" finden sich oft mächtige Interessengruppen, die zufälligerweise auch lobbyistisch für eine Handelsreform tätig sind ... In den meisten Ländern ist der Lebensstandard zusammengebrochen...

Diese weltweite Krise des späten zwanzigsten Jahrhunderts ist verheerender als die Große Depression in den dreißiger Jahren. Sie hat weitreichende geopolitische Auswirkungen; ökonomische Verschiebungen sind auch begleitet von Ausbrüchen regionaler Konflikte, die nationalen Gesellschaften werden brüchig und in einigen Fällen kommt es zur Zerstörung ganzer Länder. Diese Krise ist nicht im Geringsten begrenzt auf die Entwicklungsländer. In Europa und Nordamerika wird der Sozialstaat abgebaut, Schulen und Krankenhäuser werden geschlossen um die gänzliche Privatisierung der Sozialdienste zur fördern. Diese Krise ist mit Abstand die ernsthafteste ökonomische Krise in der modernen Geschichte.

In einer großen Anzahl der Entwicklungsländer befinden sich die Dienstleistungsbetriebe und die Banken bereits in den Händen von fremdem Kapital, die Landwirtschaft wurde vernichtet als Ergebnis der Billigpreise die aus den Überschüssen des EU- und US-Getreides entstanden. Genetisch veränderte Samen werden u.a. von Cargill und Monsanto produziert, gemeinsam mit sorgfältig entwickelten Landwirtschaftsproduktionsmitteln die von den selben Agrokonzern-Konglomeraten hergestellt, und den BäuerInnen in der ganzen Welt aufgezwungen werden. Dies führte häufig zu Massenarmut und einer Zersplitterung der ländlichen Ökonomien, nicht zu vergessen ist hierbei die Verseuchung der Nahrungskette und die Mißachtung der Rechte der VerbraucherInnen weltweit.

Das Interesse der internationalen Agrokonzerne ist hierbei, die traditionelle Familienfarm in den Bankrott zu treiben. Dieser Prozeß ist nicht nur auf die Entwicklungsländer begrenzt: bis zu 30 Prozent der GetreidefarmerInnen im westlichen Kanada sind an der Grenze zum Bankrott. Dies ist insbesondere ein Ergebnis der Durchsetzung der Bestimmungen der WTO zu den finanziellen Unterstützung der Farmen durch die kanadische Regierung. Wenn dies in West-Kanada passiert, das als der Welt größte "Kornkammer" gilt, wie wird dann erst das Schicksal der FarmerInnen in anderen Regionen der Welt sein?

CHINAS EINTRITT IN DIE WTO

Die Bedingungen für Chinas Eintritt in die WTO, die in bilateralen (doppelseitigen) Verhandlungen mit den USA wenige Wochen vor der Konferenz in Seattle beschlossen wurden, verursachen Chaos in einem Land mit mehr als einer Milliarde BürgerInnen. Chinas Agrikultur wird zerstört werden; eine verheerende Welle von Konkursen der staatlichen Unternehmen wird zu Massenarbeitslosigkeit führen. Die Bestimmungen westliche Banken wie nationale zu behandeln, ("national treatment" *) kann potentiell zum Niedergang der Struktur des Bankensystems im chinesischen Staat führen...

* ("National Treatment" bedeutet die Verpflichtung eines Landes, Unternehmen, die auf seinem Boden operieren, die aber von den Nationalen (nationals) eines anderen Landes kontrolliert werden, nicht schlechter zu behandeln als eigene Unternehmen in der gleichen Situationen. (d. Übers.))

Die chinesischen Autoritäten, die sich dieser Auswirkungen voll bewußt sind, haben versucht die öffentliche Meinung mit einer Propaganda-Aktion zu beeinflussen, in der behauptet wird, daß die Vorzüge dieser Vereinbarung, die Arbeitsplatzverluste und die Konkurse die sie verursachen wird, rechtfertigen.

In den Worten von Chinas Verhandlungsleiter mit der WTO, Long Yongtu, kann eine Nation sich nicht entwickeln und stark werden ohne einen Sinn für Notwendigkeiten und einen Sinn für krisenhafte Entwicklungen.